

Gibts nächstes Jahr keine SNB-Millionen?

Im ersten Halbjahr machte die Nationalbank laut einer Schätzung rund 80 Milliarden Verlust. Ihr Reservetopf schmilzt wie Schnee im März.

Mathias Küng

Am 29. Juli legt die Schweizerische Nationalbank (SNB) ihre Zahlen für das 2. Quartal 2022 vor. Die UBS erwartet, dass die SNB einen Quartalsverlust von rund 50 Milliarden Franken bekannt geben muss. Zusammen mit dem Verlust aus dem ersten Quartal käme sie dann für das erste Halbjahr auf rund minus 80 Milliarden Franken.

Der Gewinnvortrag der SNB beträgt 102,5 Milliarden Franken. Falls sie an ihrer bisherigen Rückstellungspraxis festhält, wird sie laut investrends.ch 9,5 Milliarden Franken als eiserne Reserve behalten wollen. Das heisst, dass es keine Ausschüttung gäbe, sollte der Jahresverlust sogar 93 Milliarden Franken oder mehr erreichen.

Klar, es geht um Buchverluste im ersten halben Jahr. Niemand weiss, wie es weiter geht. Trotzdem: Was heisst dieser Zwischenstand für das Aargauer Budget 2023, das bald nach den Sommerferien vorgestellt wird?

Silvan Hilfiker: nicht den Teufel an die Wand malen

Er wolle nicht den Teufel an die Wand malen, sagt Silvan Hilfiker, FDP-Fraktionschef im Grossen Rat: «Es ist erst die Hälfte des Jahres durch. Aber ja, wenn ich jetzt ein Budget für das nächste Jahr erstellen müsste, wäre ich sehr zurückhaltend und würde sicherheitshalber keine Nationalbank-Ausschüttung einplanen.» Das würde es auch vertragen, sagt Hilfiker, schliesslich habe der Kanton in seiner Ausgleichsreserve über 700 Millionen Franken.

Diese sei in den letzten Jahren massgeblich mit Gewinnausschüttungen der Nationalbank gefüllt worden. Es bestehe zudem Aussicht, dass die Rechnung 2022 mit einem anständigen Resultat abschliesst, was dem Haushalt etwas Luft gäbe.

Sollte die Nationalbank für nächstes Jahr aber nichts ausschütten können, müsste man schauen, wo und wie man sich einschränken könnte, sagt Hilfiker. Denkt er gar an ein Sparpaket? Hilfiker winkt ab: «Die Kantonsfinanzen sind aktuell sehr solide aufgestellt, wir konnten in den letzten Jahren viele Schul-



Das erste Halbjahr verlief für die SNB infolge Börsenbaisse, Zinsanstieg, starkem Franken und sinkendem Goldpreis schlecht. Bild: Bally/Key

Nationalbank: So viel Geld erhielt der Aargau

Jahr	in Mio. Fr.
2012	51,2
2013	51,8
2014	0
2015	104
2016	52
2017	90,4
2018	104
2019	105
2020	211
2021	318,1
2022	319
2023	?

Die Ausschüttungen erfolgen jeweils im Folgejahr. Die Ausschüttung für 2022 an den Aargau stammt aus dem erfolgreichen Geschäftsjahr 2021 der Nationalbank.

Quelle: Kt. Aargau/AZ

den abbauen, und wie gesagt ist die Ausgleichsreserve gut gefüllt, die könnten wir in diesem Fall nutzen. Es ist aber wie bei jedem privaten Unternehmen auch Aufgabe des Staates, regelmässig die Auf- und Ausgaben zu überprüfen, erst recht, wenn weniger Einnahmen hereinkommen.»

Robert Obrist: keine oder einfache Ausschüttung

Robert Obrist, Fraktionschef der Grünen, schätzt die Lage so ein: «Die geopolitischen Rahmenbedingungen haben sich geändert. Europa steuert im Winterhalbjahr mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine Rezession.» Es gebe deshalb nichts anderes für das Budget 2023, als eine möglichst realistische Einschätzung der Lage: «Das bedeutet, im Budget 2023 keine Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank einzuberechnen. Alles andere wäre unverantwortlich.»

Warum so zurückhaltend? In den letzten Jahren budgetierte der Kanton aus Sicht der Grünen

ja immer zu defensiv? Das stimme, sagt Obrist: «In den vergangenen Jahren – ausser letztes Jahr – forderten wir jeweils, höhere Erträge zu budgetieren, weil sie absehbar waren und ja auch eingetroffen sind. Doch jetzt ist die Lage ganz anders, auch wenn natürlich niemand weiss, was im zweiten Halbjahr passiert. Die Zeichen sind aber so, dass wir allen Grund zu grösster Zurückhaltung haben.»

Mit Blick auf die Kosten der jüngst beschlossenen Steuer senkung und womöglich ohne Nationalbankmillionen dürfte ein ausgeglichenes Budget schwierig sein. «Am liebsten würde ich die Steuersenkung rückgängig machen», sinniert Obrist. Doch klar sei: «Das nötige Geld muss dann der Ausgleichsreserve entnommen werden, die ja für schwierige Zeiten gedacht ist. Auf keinen Fall darf der Kanton mit Abbaumassnahmen reagieren. Auch weitere Steuersenkungsideen würden wir kategorisch bekämpfen.»

Zu Robert Obrists Vorwurf sagt Finanzdirektor Markus Dieth, eine umsichtige und vorausschauende Finanzplanung ver lasse sich nicht allein auf die Einnahmen der SNB. Diese seien sehr volatil und eigneten sich daher nicht für die Finanzierung von dauerhaften Staatsaufgaben. Man passe die Planung regelmässig den sich verändernden Gegebenheiten an.

Kanton finalisiert Budget nach den Sommerferien

Könnte der Kanton damit umgehen, falls die SNB für dieses Geschäftsjahr deutlich weniger oder keinen Gewinn ausschütten würde? Ja, das könnte er, antwortet Dieth: «Die kantonalen Finanzen stehen heute dank der sehr tiefen Verschuldung und der gut geöffneten Ausgleichsreserve auf einem stabilen Fundament. Falls die SNB keine oder nur eine tiefe Ausschüttung vornehmen würde, müsste die Ausgleichsreserve aber stärker als bisher geplant beansprucht werden.» Aktuell

sind 721 Millionen Franken drin. Mit wie viel rechnet der Kanton denn im Budget 2023, das er bald nach den Sommerferien vorstellen wird? Der Regierungsrat habe mit dem letzten Aufgaben- und Finanzplan (AFP) für das Jahr 2023 eine vierfache Ausschüttung vorgesehen, sagt Dieth. Der Grosse Rat hat dieser Planung im letzten Herbst zugestimmt.

Er habe bereits beim Jahresergebnis 2021 diesen Frühling betont, dass die erstmalige sechsfache Ausschüttung der SNB für ihn nicht die Grundlage für das Budget 2023 sein werde, aber: «Zurzeit ist für das Geschäftsjahr der SNB 2022 bzw. unser Budgetjahr 2023 immer noch eine vierfache Ausschüttung geplant, mittelfristig planen wir mit einer zweifachen Ausschüttung. Das Budget 2023 wird nach den Sommerferien finalisiert.»

Abgerechnet werde bei der SNB erst am 31.12.2022, sagt Dieth weiter. Das Budget werde vom Grossen Rat erst im November beraten. Bis dahin liege auch das dritte Quartal vor: «Zu diesem Zeitpunkt kann also auch noch nichts – wie jedes Jahr – eine Beurteilung vorgenommen werden. Der Regierungsrat kann sich dazu gegenüber dem Grossen Rat dann auch nochmals äussern, bevor das Budget definitiv beschlossen wird.»

Die Lage ist laut Dieth sehr volatil

Ist denkbar, dass der Kanton die Erwartungen noch nach unten schraubt? Die UBS-Prognose gehe davon aus, dass ein Halbjahresverlust der SNB von rund 80 Milliarden Franken eintreffen könnte, sagt Dieth. Die SNB-Ausschüttungsreserve per Ende 2021 betrage 102,5 Milliarden Franken.

Unter Berücksichtigung der notwendigen Zuweisungen an die Rückstellungen für Währungsreserven von zirka 9 Milliarden Franken wäre die Ausschüttungsreserve bei einem SNB-Jahresverlust von 80 Milliarden Franken noch rund 13,5 Milliarden Franken. Dieth: «Damit wäre für 2023 immer noch eine dreifache Ausschüttung möglich, die Lage ist aber sehr volatil.»

Hauseigentümergeverband stellt Forderungen an den Kanton

HEV und SVP bodigten 2020 an der Urne das neue Energiegesetz. Jetzt sagt der HEV, was er von der Neuauflage des Kantons hält.

Mathias Küng

Im September 2020 obsiegten Hauseigentümergeverband (HEV) Aargau und SVP hauchdünn in der kantonalen Volksabstimmung über das verschärfte neue Energiegesetz gegen die anderen Parteien und die Regierung. Die Vorlage sah damals unter anderem eine Verpflichtung zur Eigenstromerzeugung bei Neubauten vor, verzichtete aber auf ein Verbot neuer fossiler Heizungen.

Derzeit ist eine deutlich weniger weitgehende Neuauflage des Energiegesetzes bis Mitte August in einer Vernehmlassung. Bereits liegt die Stellungnahme des HEV vor. Er räumt ein, die Regierung habe «gewisse Lehren aus dieser Niederlage gezogen». Etwa indem sie jetzt auf eine Pflicht zur Eigenstromproduktion in Neubauten verzichtet. Allerdings seien weitere wesentliche Forderungen nicht berücksichtigt worden, bemängelt der Verband.

Die korrekte Bepreisung der Energie setze ausreichend Anreize, um den Umstieg auf erneuerbare Energien zu bewerkstelligen, schreibt der HEV. Dies zeige nicht zuletzt die aktuelle Situation mit den hohen Energiepreisen.

HEV verlangt steuerliche Anreize in der Vorlage

Sie bringt viele Hauseigentümerinnen dazu, den Heizungsersatz zu realisieren – vielfach früher als geplant. Deshalb sagt HEV-

Präsidentin Jeanine Glarner: «Für Hauseigentümer wären steuerliche Anreize der richtige Weg. Leider fehlen zusätzliche steuerliche Anreize in der Vorlage komplett, obwohl auf Bundesebene diesbezügliche Änderungen im Steuerharmonisierungsgesetz am Laufen sind.»

Die Regierung schlägt weiter vor, dass beim Ersatz eines Wärmeerzeugers in bestehenden Bauten mit Wohnnutzungen diese so auszurüsten sind, dass der Anteil nicht erneuerbarer



Jeanine Glarner präsidiert den HEV Aargau. Bild: Alex Spichale

Energie 90 Prozent des massgebenden Bedarfs nicht überschreitet. Diese Vorschrift lehnt der HEV ab, es brauche hier verschiedene Präzisierungen. Einverstanden ist er hingegen mit dem Vorschlag des Kantons, dass Eigentümer bei nachgewiesener finanzieller Härte oder ausserordentlichen Verhältnissen von dieser Verpflichtung befreit werden sollen. Der Staat dürfe die Hausbesitzer «nicht zu einer zusätzlichen Verschuldung zwingen», begründet der HEV.